

Schmitt, Dieter

Article — Digitized Version

Energiewirtschaftliche Aspekte des deutschen Einigungsprozesses

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmitt, Dieter (1990) : Energiewirtschaftliche Aspekte des deutschen Einigungsprozesses, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 11, pp. 562-568

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136697>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Dieter Schmitt

Energiewirtschaftliche Aspekte des deutschen Einigungsprozesses

Nach der politischen Einigung Deutschlands stellt sich nun die Aufgabe der wirtschaftlichen Integration der fünf neuen Bundesländer. Vor welchen Problemen steht der ökonomische Einigungsprozeß im volkswirtschaftlich besonders bedeutsamen Energiesektor? Welche Optionen zeichnen sich ab?

Die deutsche Einigung ist formal vollzogen, die Integration der neuen Bundesländer jedoch erst eingeleitet. Das ganze Ausmaß der hiermit verbundenen Probleme, aber auch Chancen, wird sich erst im Verlaufe der nächsten Jahre zeigen. Ohne jeden Zweifel hat sich jedoch bereits heute die politische, ökonomische und energiewirtschaftliche Position Deutschlands innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nachhaltig verändert:

- Die Bevölkerung der Bundesrepublik steigt von derzeit 62 Mill. auf über 78 Mill. Menschen an und dürfte aller Voraussicht nach zusammen mit anhaltenden Wanderungsgewinnen aus Ost- und Südosteuropa gegen Ende dieses Jahrzehnts die 80-Mill.-Grenze überschreiten. Dies entspricht knapp 25% der gesamten Bevölkerung der EG. Unser Staatsgebiet erhöht sich um rund 40%, die Zahl der Erwerbstätigen um rund ein Drittel. Das Brutto-sozialprodukt steigt zwar zunächst nur um rund 10%, gleichzeitig werden jedoch mittelfristig gerade vom deutschen Einigungsprozeß erhebliche Wachstumsimpulse erwartet.
- Der Primärenergieverbrauch (PEV) wie auch der Stromverbrauch erhöht sich um über 25% auf annähernd 500 Mill. t Steinkohle-Einheiten (SKE) oder rund 540 Terawattstunden (TWh). Damit steigt durch die Eingliederung der neuen Bundesländer der Anteil Deutschlands am PEV (wie am Stromverbrauch) der EG auf rund 30%.
- Das wiedervereinigte Deutschland nimmt nunmehr in Europa nicht nur eine Spitzenposition hinsichtlich des Einsatzes von Festbrennstoffen ein (1987: fast 50%),

sondern avanciert auch zum bedeutendsten Erdgasmarkt (noch vor Großbritannien und weit vor den Niederlanden und Italien) und behält (mit rund 25%) auch den ersten Platz auf dem Ölmarkt. Lediglich bei Kernenergie und Wasser liegen andere Länder vorn.

Schwierige Ausgangslage

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die neuen Bundesländer aufgrund des bereits eingeleiteten Anpassungsprozesses nur noch einen Bruchteil ihres noch vor wenigen Jahren zu verzeichnenden energiewirtschaftlichen Potentials in den deutschen Einigungsprozeß einbringen. Ein Blick auf die derzeitige Energieträgerstruktur des PEV in der Bundesrepublik sowie der ehemaligen DDR macht mehr als deutlich, welch ungleiche Gebilde hier zusammenwachsen müssen: Über alles gesehen vermittelt die Energiewirtschaft jenseits der Elbe heute noch ein Bild, wie es in der Bundesrepublik eher Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre zu verzeichnen war. Sie ist gekennzeichnet durch:

- Dominanz der Festbrennstoffe (2/3 Braunkohle) aus vorwiegend heimischer Produktion bei einem
- eher bescheidenen Mineralölverbrauch und
- einer sich erst entwickelnden Gaswirtschaft mit immer noch beträchtlichem Stadtgasanteil.

Gleichzeitig bringen die neuen Bundesländer eine der „energieintensivsten“ Volkswirtschaften in den Einigungsprozeß ein. Bei einem Energieverbrauch pro Kopf von fast 8 t SKE wurde die ehemalige DDR in den letzten Jahren nur noch von den USA und Kanada übertroffen – und dies bei wesentlich niedrigerem Lebensstandard, ungleich günstigeren siedlungsstrukturellen Gegebenheiten und klimatischen Bedingungen. Zum Vergleich: In der

Prof. Dr Dieter Schmitt, 49, ist Inhaber des Lehrstuhls für Energie-BWL der Universität-GH-Essen.

Bundesrepublik lag 1989 der Energieverbrauch pro Kopf bei 6,2 t SKE, das BSP pro Kopf war jedoch mehr als doppelt so hoch, dasselbe gilt für die Zahl der Pkw bei ungleich höherer Motorisierung sowie die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern; die Wohnfläche je Einwohner überstieg in der Bundesrepublik die der DDR um ein Drittel.

Als Gründe für das ungünstige Abschneiden der ehemaligen DDR-Energiewirtschaft im internationalen Vergleich sind anzusehen:

- die Überbetonung der strom- und energieintensiven Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zu Lasten des verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors;
- die Überalterung des gesamten Anlagen- und Geräteparks bei völlig unzureichender Wartung und Instandhaltung;
- geringe Auslastungsgrade wegen Versorgungsengpässen und Planungsproblemen;
- hohe Umwandlungsverluste bei Einsatz heizwertarmer Brennstoffe im Dienste möglichst autarken Wirtschaftens;
- immense Leitungsverluste wegen überalterter und nicht ausreichend gewarteter Netze;
- unzureichende Wärmeisolierung sowie fehlende Kontroll- und Meßgeräte.

All dies sind jedoch lediglich Symptome für das totale Versagen einer auf Autarkie fixierten, in das starre System des RGW eingebetteten zentralen Kommandowirtschaft mit willkürlichen Preisen und Subventionen. Politische Vorgaben und nicht der Markt bestimmten strukturelle Ausrichtung von Produktion und Verbrauch; Effizienz- und Innovationsanreize, wie sie nur über die Signale einer am Markt orientierten Preisbildung erwartet werden können, fehlten völlig.

Bei dieser Ausgangslage erscheint eine schnelle Gesundung der Energiewirtschaften der neuen Bundesländer ohnehin schwierig. Hinzu kommen noch die nicht zuletzt vom Energiesektor bedingten Umweltprobleme. Zuletzt lagen

- die SO₂-Emissionen mit 0,3 t SO₂/Kopf zehnmal so hoch wie in der Bundesrepublik,
- der Ausstoß an CO₂ mit 24,5 t CO₂/Kopf mehr als doppelt so hoch,
- selbst die Stickoxidemissionen waren noch um 20% höher, obwohl die Verkehrsdichte und die Motorisierung

nur einen Bruchteil derjenigen der Bundesrepublik erreichten.

- Auf eine – westlichen Anforderungen entsprechende – Rekultivierung der Braunkohlentagebaue wurde in der DDR in vielen Fällen völlig verzichtet. Ähnliches gilt für leistungsfähige Kläranlagen.
- Die bei weitem größten Probleme dürfte jedoch die Belastung des Bodens nicht nur durch unzureichend abgedichtete Deponien in ehemaligen Braunkohlentagebauen, sondern auch durch jahrzehntelange völlig unkontrollierte Einleitungen von Schadstoffen nicht zuletzt aus der chemischen Industrie, der Metallurgie und der Braunkohlenvergasung aufwerfen. Geradezu als zynisch ist in diesem Zusammenhang die Tatsache anzusehen, daß zwar eine durchaus passable und zum Teil sogar recht weitreichende Umweltgesetzgebung existierte, daß diese aber durch vielfältige Ausnahmeregelungen ausgehöhlt wurde. Es kommt noch hinzu, daß es für die Betriebe in den meisten Fällen wesentlich billiger war, Strafen zu zahlen als in den Umweltschutz zu investieren.

Ein mittelfristiger Ausblick

Diese Probleme sind inzwischen erkannt, es zeichnen sich sogar erste Erfolge sowohl im Energiebereich als auch im Umweltschutz ab, auch wenn dies im wesentlichen der Schließung besonders veralteter und ineffizienter Produktionsanlagen zuzuschreiben ist, die nach Errichtung der Währungsunion im Sommer dieses Jahres nicht mehr zu überleben vermochten: Im Energiebereich selbst könnte immerhin die Braunkohlenförderung in diesem Jahr bereits um 60 Mill. t niedriger ausfallen als noch vor drei Jahren, der PEV könnte um 15-20%, die Stromerzeugung sogar um 20-25% sinken. Der größte Teil der vorhandenen Kernkraftwerke ist aus Sicherheitsgründen bereits stillgelegt worden, das letzte dürfte in wenigen Wochen folgen.

Dieser Anpassungsprozeß wird sich mit dem nunmehr gültigen bundesrepublikanischen Umwelt- und Energierecht, der Umstrukturierung der Wirtschaft und Energiewirtschaft und vor allem der Einführung eines am Markt orientierten Preissystems beschleunigen. Ausmaß und vor allem Geschwindigkeit des Anpassungsprozesses sind gleichwohl ungewiß. Zwar herrscht weitgehend Einigkeit über die generell einzuschlagende Richtung, auch dürften die Vorstellungen über die grundsätzlich einzusetzenden Instrumente weitgehend übereinstimmen, niemand vermag jedoch exakt zu prognostizieren, wie schnell die Umstrukturierung voranschreiten wird.

- Bei allen offenkundigen Problemen darf zunächst der Blick nicht dafür verstellt werden, daß die fünf neuen

Länder in eine der am höchsten entwickelten und auch prosperierendsten Volkswirtschaften der Welt mit einer relativ ausgeglichenen Energieangebots- wie -nachfragestruktur eingegliedert werden, so daß die Voraussetzungen zur Verkraftung der anstehenden Anpassungsopfer vergleichsweise günstig beurteilt werden sollten. Im übrigen werden bei aller Bedeutung der fünf neuen Bundesländer in Zukunft in Deutschland insgesamt die wirtschaftliche wie die energiewirtschaftliche Entwicklung überwiegend von den Gegebenheiten im bisherigen Bundesgebiet bestimmt. Dennoch sollten auch die Rückwirkungen von Erfolgen oder Mißerfolgen im Integrationsprozeß nicht unterschätzt werden.

□ Der politische Wille, den Einigungsprozeß nicht nur formell, sondern auch materiell möglichst schnell zu vollziehen und hierfür auch die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, wird von Regierungskoalition wie Opposition gleichermaßen betont. Dies will allerdings auch entsprechend umgesetzt werden, und zwar auch dann, wenn erst einmal die Kosten voll erfaßt sind und weiten Schichten der Bevölkerung aufgebürdet werden müssen.

□ Die Wirtschaft und auch die Energiewirtschaft haben zwar ihre Bereitschaft bekundet, den wirtschaftlichen Gesundungsprozeß im Gebiet der ehemaligen DDR voranzutreiben und hierzu auch ihren Beitrag zu leisten. Im Augenblick sind jedoch eine Reihe von Irritationen aufgetreten, so vor allem ungelöste Eigentumsfragen, Unklarheiten über die strukturelle Ausgestaltung der Gas- und Elektrizitätswirtschaft, Fragen über die energiewirtschaftliche Betätigung der Kommunen etc., die diesen Prozeß zumindest verzögern können.

□ Dennoch prophezeien erste, vielleicht zu optimistische Analysen den neuen Bundesländern schon in wenigen Jahren einen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich nur mit den „goldenen“ 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik vergleichen ließe und automatisch erhebliche energiewirtschaftliche Anpassungsprozesse auslösen würde. Diese Erwartung stützt sich, durchaus nicht zu Unrecht, auf die Annahme, daß die Energiewirtschaft wie die Wirtschaft insgesamt in den neuen Bundesländern nur in ganz geringem Maße „nachgerüstet“ werden kann, sondern im wesentlichen von Grund auf erneuert

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Erhard Kantzenbach
und
Otto G. Mayer
(Hrsg.)

PERSPEKTIVEN DER WELTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG UND IHRE KONSEQUENZEN FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Mit Beiträgen von: Jagdish N. Bhagwati, Gerhard Fels, Hans-Hagen Härtel, Georg Koopmann, Detlef Lorenz, Wilhelm Nölling, Franco Reither, Jeffrey J. Schott, Jürgen Schröder.

Der vorliegende Band enthält die Referate eines Symposiums, das am 14. und 15. November 1989 vom HWWA-Institut zum gleichen Thema durchgeführt wurde.

Die Beiträge im ersten Teil des Bandes gehen der Frage nach, inwieweit in der Weltwirtschaft Tendenzen zur Bildung regionaler Wirtschaftsblöcke zu erkennen sind. Der zweite Teil behandelt die Frage nach den Implikationen der weltwirtschaftlichen Entwicklungslinien für die Welthandels- und Weltwährungsordnung, und schließlich sind es die Herausforderungen, die damit für die deutsche Volkswirtschaft verbunden sind, die den Schwerpunkt des letzten Teils dieses Tagungsbandes bilden.

Großoktav,
131 Seiten, 1990,
brosch. DM 59,-
ISBN 3-87895-395-X

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

werden muß, was die einmalige Chance zur Installierung der jeweils modernsten Produktionsanlagen und der effizientesten Geräte bietet.

Über alles gesehen verbleiben zweifellos, was den anstehenden Integrationsprozeß angeht, Ungewißheiten, die weit über das in jeder Prognose in Kauf zu nehmende Maß hinausgehen. Hierbei kommt erschwerend hinzu, daß derzeit sogar erst eine kompatible statistische Basis erarbeitet werden muß, von einer Prognose der für die zukünftige Entwicklung von Energieangebot und -nachfrage relevanten Determinanten ganz abgesehen. Daher sind im Augenblick alle quantitativen Aussagen über die energiewirtschaftlichen Konsequenzen einer Eingliederung der fünf neuen Bundesländer nur als relativ grobe Schätzungen anzusehen, die im übrigen möglichst bald besser abgesichert werden sollten. Im folgenden wird ausgegangen von:

- weiter steigender Bevölkerung,
- positiven Wachstumsimpulsen nicht zuletzt infolge des deutschen und europäischen Integrationsprozesses sowie der Öffnung in Osteuropa,
- der Erwartung einer friedlichen Lösung des Nahostkonfliktes,
- fortschreitenden Erfolgen in der Umstrukturierung des Produktionssektors und der Erschließung des Potentials rationeller Energieverwendung sowie
- der Entwicklung einer energiepolitischen Konzeption, die die autonomen Marktprozesse bestmöglich unterstützt.

Eine Prognose

Unter diesen Bedingungen kann mittelfristig (für die Periode 2000-2005) mit einem Energieverbrauch Gesamtdeutschlands von schätzungsweise 450 bis 520 Mill. t SKE gerechnet werden. Hiervon könnten auf das Gebiet der ehemaligen DDR etwa 90 bis 120 Mill. t SKE entfallen. Dies würde bedeuten, daß der Energieverbrauch in Deutschland insgesamt gegenüber heute allenfalls konstant bliebe, möglicherweise sogar leicht sinken könnte, und zwar auch ohne daß der Staat massiv in die Energieangebots- und -verbrauchskonstellationen eingreifen würde. Dabei ergibt sich für Deutschland insgesamt eine recht ausgeglichene Primärenergieträgerstruktur: je rund ein Drittel des gesamten PEV entfallen auf Festbrennstoffe, auf Mineralöl und auf Erdgas sowie Kernenergie und sonstige Energieträger.

Im einzelnen wird von diesem Bild jedoch – nicht zuletzt infolge des weiterhin dominierenden Gewichts der Bundesrepublik – die zu erwartende nachhaltige Verän-

derung der energiewirtschaftlichen Strukturen vor allem in den neuen Bundesländern verdeckt.

Offene Fragen

Immerhin würde die oben skizzierte Entwicklung bedeuten, daß die Energieversorgung in den neuen Bundesländern in einem Zeitraum von nur einem Jahrzehnt vollständig umstrukturiert werden müßte, was eine Fülle – bislang allenfalls im Ansatz erkennbarer – Probleme technischer, finanzieller, personeller, organisatorischer und energiepolitischer Natur aufwerfen dürfte. Hier nur einige Stichworte:

- Die Braunkohlenförderung in den neuen Bundesländern müßte halbiert werden. Dies wurde zwar auch bereits unmittelbar nach Ablösung des alten Regimes als zentrale Zielsetzung für die Umgestaltung der Energiewirtschaft der früheren DDR formuliert und hierbei insbesondere auf die unerträglich hohen Umweltbelastungen der Förderung und Verwendung von Braunkohle verwiesen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der größte Teil dieser Probleme durch geeignete wasserwirtschaftliche Vorkehrungen und Rekultivierungsmaßnahmen (im Bereich des Kohleabbaus) sowie durch entsprechende Verbrennungs- und Rauchgasreinigungstechnologien (im Kraftwerksektor, dem bei weitem wichtigsten Absatzbereich) verhindert werden kann. Vergleichbare Möglichkeiten für die Braunkohlenvergasung, den Hausbrandbereich wie für den Industrie- und Gewerbebereich existieren allerdings nicht. Hinzu kommt, daß ein großer Teil der riesigen Braunkohlenreserven im Osten nach grundlegender Erneuerung und Modernisierung des Anlagenparks sowie durchgreifender Rationalisierung im Personalbestand voraussichtlich zu außerordentlich niedrigen Kosten selbst nach Internalisierung der Umwelteffekte gefördert werden kann. Hierbei dürfte vor allem die geplante Zusammenarbeit mit dem größten Braunkohlenbergbauunternehmen der Bundesrepublik, der zum RWE-Konzern gehörenden Rheinbraun AG, schon bald ihre Früchte tragen. Berücksichtigt man schließlich, daß eine allzu radikale Abkehr von diesem Energieträger auch in den Braunkohlenbergbaugebieten der früheren DDR erhebliche soziale Probleme aufwerfen würde, so scheint es notwendig, die Braunkohlenfrage in den nächsten Jahren noch einmal vorbehaltlos zu prüfen. Hierbei ist nicht zuletzt auch eine Definition des Stellenwertes dieses Energieträgers für eine rationale Strategie zur Sicherung der deutschen Energieversorgung, allerdings auch unter dem Aspekt der besonders hohen CO₂-Emissionen, die mit der Verfeuerung dieses Energieträgers verbunden sind, erforderlich. Es ist zu befürchten – aber wohl unvermeidlich –, daß diese Frage auch den –perma-

nentem Anpassungsdruck ausgesetzt – deutschen Steinkohlenbergbau unmittelbar tangieren wird, der im übrigen unter allen Energieträgern von der Integration der neuen Bundesländer am allerwenigsten profitieren dürfte.

□ Erhebliche Ungewißheiten kennzeichnen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in noch viel stärkeren Maße in den fünf neuen Ländern auch den zukünftigen Beitrag der Kernenergie. Sicher erscheint, daß die vorhandenen nuklearen Anlagen nicht weiter genutzt werden und daß auch eine Nachrüstung der derzeit im Bau befindlichen Anlagen ausscheidet, weil diese entweder typenbedingt nicht möglich ist oder sich aus Wirtschaftlichkeitserwägungen verbietet. Offen ist sogar, ob die geplanten Anlagen realisiert werden können. Auch wenn hierfür statt der bislang vorgesehenen Technologie solche westlichen Standards eingesetzt wird, dürfte sich auch hier die Akzeptanzfrage immer drängender stellen. Ob sich aus der mehr und mehr in den Vordergrund tretenden Klimaproblematik bereits im Beobachtungszeitraum eine grundsätzliche Neubewertung der Kernenergie ergeben wird, scheint fraglich.

□ Eng verknüpft mit Braunkohle und Kernenergie sind die Probleme einer Neuordnung und Modernisierung der Elektrizitätswirtschaft der ehemaligen DDR. Daß eine grundlegende Erneuerung des Kraftwerksparks und weiter Teile des Netzes erforderlich ist, wird von niemandem bestritten. Dasselbe gilt für die Abschätzung der Größenordnung des hierfür erforderlichen Kapitals in Höhe von 30 bis 40 Mrd. DM und die Notwendigkeit eines breiten unternehmerischen Engagements der westdeutschen Elektrizitätswirtschaft.

Stromversorgungsstrukturen

Ob eine volle Durchsetzung der für die Bundesrepublik gültigen Umweltschutzstandards gerade im Elektrizitätsbereich allerdings bereits wie vorgesehen bis 1996 möglich sein wird, ist zu bezweifeln und hängt nicht zuletzt

von der Nachfrageentwicklung sowie den zukünftigen Angebotskonstellationen im Elektrizitätsbereich ab. Entscheidend ist jedoch, ob es auf absehbare Zeit gelingt, Übereinstimmung zu erzielen, welche Organisationsform und welche unternehmerischen Strukturen für die Bewältigung dieser gigantischen Aufgabe am besten geeignet sind. Teilweise wurde bekanntlich sogar gefordert, die Neuordnung der Versorgung im Gebiet der heutigen DDR als einmalige Möglichkeit zur völligen Neuausrichtung der Elektrizitätswirtschaftlichen Verhältnisse mit einer strikten Trennung von Erzeugung, Transport und Verteilung etwa nach dem Vorbild Großbritanniens zu nutzen. Dies wurde jedoch nicht nur von den für die Übernahme der Versorgungsverantwortung vorgesehenen Unternehmen unter Hinweis auf die dann als nicht mehr tragbar anzusehenden Risiken abgelehnt, sondern auch von politischer Seite, weil eine Überfrachtung der ohnehin außerordentlich schwierigen Anpassungsprobleme mit denen einer völligen Neuorientierung des gesamten Sektors nicht für opportun gehalten wurde.

Gleichwohl wird nunmehr – nicht zuletzt auf Drängen des Bundeskartellamtes – eine Struktur angestrebt, in der verstärkt Wettbewerbselemente zum Zuge kommen. Das Ausmaß der Entscheidungskonzentration soll begrenzt werden: Der Kreis der für das Stromangebot auf der Verbundebene verantwortlichen Unternehmen wird erweitert. Dabei wird der Anteil der ursprünglich vorgesehenen Unternehmen RWE, PREAG und BAYERNWERK – mit Anteilen von je rund einem Drittel – zugunsten anderer Verbundunternehmen auf 75% begrenzt und hiervon gleichzeitig ausländischen Verbundunternehmen – wie z.B. EDF – eine Beteiligungsoption in Höhe von 20% eingeräumt, deren Wahrnehmung allerdings an das Zugeständnis reziproker Rechte in deren Versorgungsgebiet geknüpft ist. Gleichzeitig wird die angestrebte mehrheitliche Beteiligung der oben genannten drei Gesellschaften an der regionalen Verteilungsstufe auf in etwa 60% beschränkt und damit ein Engagement auch anderer bundesrepublikanischer Elektrizitätsversorgungsunterneh-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

E. Ulrich Cichy

Großoktav,
256 Seiten, 1990,
brosch. DM 65,-
ISBN 3-87895-391-7

WIRTSCHAFTSREFORM UND AUSWEICH- WIRTSCHAFT IM SOZIALISMUS

Zur Rolle der Ausweichwirtschaft im Reformprozeß sozialistischer
Planwirtschaften, dargestellt am Beispiel der DDR, Polens und Ungarns

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

men in diesem Bereich ermöglicht. Der Begrenzung der Konzentration im Bereich der leitungsgebundenen Energiewirtschaft der fünf neuen Bundesländer dient auch die Ausgliederung der bislang häufig im Querverbund betriebenen Gasversorgung. Dies gilt allerdings unverständlicherweise nicht für den Fall einer Übernahme der lokalen Endverteilung durch Stadtwerke.

Kommunale Versorgungsunternehmen

Nachdem damit auf der Verbund- und Regionalebene ein Kompromiß gefunden zu sein scheint und die entsprechenden Verträge mit der Treuhand unterzeichnet wurden, wirft nunmehr vor allem noch die Frage der zukünftigen Rolle kommunaler Versorgungsunternehmen in der leitungsgebundenen Versorgungswirtschaft (Strom, Gas, Fernwärme) erhebliche Probleme auf. Sowohl die Vertreter der kommunalen Versorgungswirtschaft als auch die auf dezentrale Versorgungsstrukturen fixierten Grünen haben unter – teilweise nicht einmal verhohlenen – Hinweis auf die sich hiermit scheinbar eröffnenden Möglichkeiten der Erschließung reichlich sprudelnder Einkommensquellen selbst die Vertreter kleinster Städte und Gemeinden veranlaßt, Anträge auf Gründung von Stadtwerken zu stellen: Der Treuhand liegen derzeit bereits rund 1200 solcher Anträge vor, mehr als das ganze Bundesgebiet aufweist.

Zwar ist den Kommunen in den neuen Bundesländern grundsätzlich das Recht zugestanden worden, die im jeweiligen Gemeindegebiet vorhandenen Netze unentgeltlich (!) von den früheren Kombinat zu übernehmen, gleichzeitig wurde jedoch trotz erheblicher Proteste aus dem kommunalen Lager ihre Beteiligungsquote an der lokalen Verteilung auf 49% begrenzt. Bislang steht das Ergebnis einer gerichtlichen Klärung dieser Fragen aus, einzelne Kommunen klagen sogar für ihre früheren Stadtwerke die Wiedereinsetzung in deren alte Rechte ein. Doch unabhängig vom Ausgang dieser Auseinandersetzung stellt sich die Frage, ob – abgesehen von wenigen Ausnahmen vornehmlich im großstädtischen Bereich – die Kommunen in den neuen Bundesländern angesichts der Fülle der auf sie zukommenden Probleme überhaupt finanziell und personell in der Lage sein werden, Energieversorgungsaufgaben zu übernehmen, zumal gerade im lokalen Verteilerbereich in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen zur Modernisierung vorhandener bzw. erst recht zum Aufbau völlig neuer Netze erforderlich sein werden.

Die ideologische Überfrachtung dieses Komplexes und die mehr oder weniger offen mit der Übernahme der Energieversorgung im kommunalen Bereich verfolgten rein fiskalischen Ziele sowie die sich hiermit bietenden

personalpolitischen Möglichkeiten machen eine sachgerechte, an energiepolitischen Kriterien orientierte Lösung jedenfalls nicht einfacher. Symptomatisch für die derzeitige Situation ist jedenfalls, daß die ordnungspolitische Grundsatzfrage völlig verdrängt wird, ob es überhaupt Aufgabe der Kommunen in unserem Wirtschaftssystem sein kann, sich unter Ausschluß des Wettbewerbs derart in der lokalen Energieversorgung zu engagieren. Auch eine Debatte über offenkundige Regulierungsdefizite in diesem Bereich, in dem gesetzlich eine kostenorientierte Preisbildung gefordert ist, findet überhaupt nicht statt. In jedem Falle jedoch ist eine möglichst schnelle Klärung der zukünftigen organisatorischen Struktur der leitungsgebundenen Energieversorgung in den neuen Bundesländern erforderlich, um den anstehenden Umstrukturierungsprozeß möglichst zügig einzuleiten. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Gas- und Fernwärmeversorgung, dem für die Ablösung der auf dem Wärmemarkt immer noch dominierenden Festbrennstoffe mit ihren gravierenden Umweltproblemen neben dem Heizöl zentrale Bedeutung zukommt.

Überregionaler Gastransport

Erhebliche Unsicherheiten sind in der jüngsten Zeit vor allem aber auch in der Umstrukturierung der Verhältnisse im überregionalen Gastransportbereich entstanden. Ursprünglich war vorgesehen, daß zwei bundesrepublikanische Ferngasgesellschaften 45% (davon Ruhrgas 35%, die Shell/Esso-Tochter BEB 10%) der Gesellschaftsanteile der bislang für diesen Bereich zuständigen Gasverbundgesellschaft übernehmen, während der Rest (von diesen beiden Gesellschaften vorfinanziert) kommunalen Eigentümern zufällt. Inzwischen hat sich der Kreis potentieller Interessenten jedoch nicht nur wesentlich erweitert, sondern auch auf Gesellschaften ausgedehnt, deren Beteiligung nicht nur den bisherigen Partnern erhebliches Kopfzerbrechen bereitet, sondern auch schwerwiegende wettbewerbs- und energiepolitische Fragen aufwirft. Dies gilt sicherlich weniger für das Engagement einer Gesellschaft wie der Wintershall AG, deren Bemühungen um einen Einstieg in das Ferngasgeschäft ohne jeden Zweifel den Wettbewerb intensivieren würden. Kritischer dagegen sind die Wünsche ausländischer Gasversorgungsunternehmen (wie British Gas oder Gaz de France) auf Beteiligung nicht nur am Transport, sondern auch an der lokalen Verteilung zu beurteilen, insbesondere solange gleichwertige Positionen in den betreffenden Ländern offenbar nicht zur Diskussion stehen. Problematisch erscheinen aber vor allem die von einem der wichtigsten Gaslieferanten, der UdSSR, angemeldeten Beteiligungswünsche. Sie laufen über Wintershall, möglicherweise als Preis für die Bereitschaft zum Ab-

schluß eines Liefervertrages mit dieser Gesellschaft. Auch wenn die politische Dimension dieses Aspektes nicht verkannt werden darf, ist dennoch festzustellen, daß durch die Beteiligung von Lieferanten auch an der Ferngas- oder Verteilungsstufe die Verhandlungsposition der ohnehin hochkonzentrierten Erdgasanbieter auf unakzeptable Weise verstärkt würde und generell nationale gaswirtschaftliche Interessen aufs Spiel gesetzt würden.

Insgesamt jedoch kann der Energieträger Erdgas wegen seiner Umwelt- und Benutzerfreundlichkeit bei wettbewerbsorientierter Preisstellung in Zukunft außerordentlich günstige Absatzmöglichkeiten auch in den neuen Bundesländern erwarten. Voraussetzung hierfür ist allerdings nicht zuletzt in der anstehenden Auseinandersetzung mit dem Heizöl, aber auch mit der Fernwärme, daß es gelingt, möglichst schnell die erforderliche Netzinfrastruktur zu errichten oder die vorhandene auszubauen bzw. umzustellen. Hierfür sind leistungsfähige Unternehmensstrukturen unabdingbar, um die hiermit verknüpften organisatorischen und personellen Probleme zu bewältigen sowie den immensen Kapitalbedarf zu befriedigen.

Schließlich muß die Erblast Stadtgas – ein Vierteljahrhundert zu spät – durch einen staatlichen Sozialplan und Anpassungssubventionen flankiert baldmöglichst abgeworfen werden, um die erwünschte Penetration des Erdgases auch in den bislang stadtgasversorgten Gebieten nicht zu gefährden. Ob das Erdgas angesichts seiner Umweltfreundlichkeit, seines hohen Wirkungsgrades sowie des vergleichsweise niedrigen Kapitalbedarfs allerdings Kernenergie und Braunkohle – und gegebenenfalls auch Importkohle – im Bereich der Stromerzeugung in nennenswertem Umfang zu substituieren vermag, hängt entscheidend davon ab, ob seitens der Erdgaslieferanten, vor allem Norwegen und die Sowjetunion, attraktive langfristig verlässliche Angebote unterbreitet werden (können).

Fernwärme

Die bei weitem größten Anpassungsprobleme unter den leitungsgebundenen Energieträgern dürften sich in den neuen Bundesländern für die Fernwärme ergeben. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der Notwendigkeit einer schnellen Ablösung des mit hohen Umweltproblemen verknüpften Braunkohleneinsatzes in zumeist total veralteten Heizwerken, sondern nicht minder für die überfällige Sanierung der Netze und Hausanlagen. Ohne massive – derzeit nicht absehbare – Unterstützung durch die öffentliche Hand dürfte ein großer Teil der Fernwärmeversorgung, die in der früheren DDR einen in etwa dreimal höheren Beitrag zur Deckung des Raumwärme- und Warmwasserbedarfs erbracht hat als in der Bundesrepu-

blik, dem Wettbewerb durch Gas, aber auch durch Heizöl, nicht gewachsen sein.

Überhaupt stellen sich die Entwicklungsaussichten des Mineralöls in den neuen Bundesländern außerordentlich günstig dar, zumal dieser Energieträger von einem immensen Nachholbedarf profitieren dürfte. Dies gilt einmal für den Verkehrsbereich, voraussichtlich jedoch auch für die anstehende Umstrukturierungswelle im Energieeinsatz von Industrie, Gewerbe sowie im Hausbrandbereich. Hier dürfte es sich vor allem als günstig erweisen, daß das Öl auf der Basis von Zulieferungen aus dem bisherigen Bundesgebiet oder aus dem Ausland „aus dem Stand“ antreten kann. Es benötigt für die Verteilung keine aufwendige Netzinfrastruktur und kann sich des bereits existierenden Brennstoffhandels bedienen. Lediglich das Tankstellennetz ist grundlegend zu modernisieren und zu verdichten. Offen ist allerdings, welche Auswirkungen von der akuten Krisensituation am Golf auf die Verbraucherentscheidungen ausgehen werden.

Schlußbetrachtung

Für eine Abschätzung des zeitlichen Ablaufs des anstehenden Integrationsprozesses der fünf neuen Bundesländer unter energiewirtschaftlichem Aspekt verbleiben eine ganze Reihe gravierender Ungewißheiten. Jetzt kommt es vor allem darauf an, daß die Investitionstätigkeit möglichst schnell in Gang kommt und der konjunkturelle Einbruch überwunden wird. Nur über die grundlegende Umschichtung des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks, d.h. der Produktionsanlagen wie der langlebigen Gebrauchsgüter, kann der erforderliche umweltschonende und energiesparende technische Fortschritt durchgesetzt werden.

Hierfür gilt es, möglichst schnell die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen: die nunmehr gültigen gesetzlichen Normen der Bundesrepublik auch konkret umzusetzen, die verbleibenden Unsicherheiten hinsichtlich der Eigentumsfragen und der organisatorischen Umgestaltung der Energiewirtschaft zu beseitigen, die infrastrukturellen Voraussetzungen im Verkehrsbereich, in der Entsorgung, der Telekommunikation und vor allem auch in Form einer leistungsfähigen Verwaltung nachhaltig zu verbessern und nicht zuletzt mittelfristig verbindliche energiepolitische Ziele zu formulieren, kurz: die für privatwirtschaftliche Investitionen erforderlichen langfristig verlässlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. All dies wird ein hohes Maß an Pragmatismus und Kooperationsbereitschaft zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften voraussetzen, um nicht den außerordentlich schwierigen Anpassungsprozeß durch überzogene Ansprüche, falsches Augenmaß oder schlicht ideologische Verblendung zu überfordern.